

## **TEIL 2: POLITISCHE IDEEN<sup>22</sup>**

### **4 LIBERALISMUS**

#### **4.1 POLITISCHE IDEE DES LIBERALISMUS**

##### **4.1.1 Herkunft und Entstehung**

Der Liberalismus geht auf die seit dem 17. Jahrhundert entwickelten Theorien und Bewegungen zurück, die in Abgrenzung zum Feudalismus

- die auf Tradition und Gottesgnade begründeten Autoritäten infrage stellen,
- den autonomen, vernunftbegabten Menschen behaupten und
- die Institutionen des gesellschaftlichen Zusammenlebens als Produkt zweckrationalen menschlichen Gestaltens verstehen.

Leitmotiv des Liberalismus ist: Jeder ist seines eigenen Glückes Schmied! Er richtet sich primär gegen die alte Ständegesellschaft mit ihren Privilegien der Geburt. Grundlage für die Entwicklung und Verbreitung liberalen Gedankenguts ist die Herausbildung der kapitalistischen Marktgesellschaften; die ökonomische Theorie des Liberalismus (Wirtschaftsliberalismus) ist daher für seine politische Theorie grundlegend.

Während sich der ideale Bürger der feudalen Ständegesellschaft mit seinem Stand identifizierte, so steht der ideale liberale Bürger für sich allein. Der Mensch ist in seiner Natur rational und ein individueller Nutzenmaximierer.

##### **4.1.2 Wirtschaftsliberalismus**

Im Zentrum des Wirtschaftsliberalismus stehen:

- unbegrenztes Privateigentum: Eigentum an Boden (eigentlich: Produktionsmittel) ist ein Naturrecht, erhöht Nutzung und Sorgfalt und mehrt somit das Gemeinwohl (T. HOBBS);
- Markt/Konkurrenz: Die Freiheit, nach bester Einsicht zu produzieren und die Produkte auszutauschen, führt zum grösstmöglichen Nutzen für alle ("invisible hand"; A. SMITH).

---

<sup>22</sup> Der zweite Teil des Skriptes mit Ausnahme des Kapitels 11 über Nationalismus und Rechtsradikalismus stammt ursprünglich von Prof. Wolf Linder.

### 4.1.3 Liberale Politik

Aus dem Wirtschaftsliberalismus (vgl. 4.1.2) ergeben sich die wesentlichen politischen Forderungen des klassischen Liberalismus: Der Staat ermöglicht und garantiert die privatkapitalistische Marktgesellschaft. Bei allen verschiedenen Gesichtern, die der Liberalismus je nach Zeit und Ort annehmen kann, sind Gemeinsamkeiten/Kontinuitäten erkennbar, die eine Zuordnung unterschiedlicher Theorien und Praktiken zum Liberalismus erlauben:

- Primat der Wirtschaft gegenüber Staat und Politik; allerdings ist dem verbreiteten (Selbst-)Bild, der Liberalismus wolle Staatsaufgaben generell beschränken (Anti-Etatismus), mit Vorsicht zu begegnen - tatsächlich wird seine ökonomische Ordnung mit beachtlichem Einsatz staatlicher Mittel errichtet und unterhalten (rechtliche Rahmenbedingungen (z.B. Eigentumsordnung, Vertragsfreiheit), Infrastruktur (z.B. Verkehr, Energie), koloniale Politik, Staatsaufträge;
- unbeschränkter Handel, Gewerbefreiheit;
- Freiheit, Unabhängigkeit des Individuums (Grundrechte); diese scheinbar von der Ökonomie losgelöste liberale Forderung diskutiert MACPHERSON unter der Bezeichnung "Besitzindividualismus"; hier liegt weiterhin ein emanzipatorisches Potential des Liberalismus;
- bürgerliche Privatsphäre;
- Demokratie; gehört nicht zum Wesen des Liberalismus (der klassische Liberalismus lehnt das allgemeine Wahlrecht strikte ab; Gefahr der Pöbelherrschaft); ökonomischer Bereich wird prinzipiell ausgeschlossen; im politischen Bereich nimmt der Liberalismus eine opportunistische Haltung zu demokratischen Institutionen ein, schreibt sie auf seine Fahne, solange die ökonomische Ordnung nicht gefährdet ist (sonst neigt er auch zu konservativ-autoritären Staatsvorstellungen).

Kennzeichen liberaler Politik ist überdies die Scheu vor grossen programmatischen Entwürfen; dagegen "Stückwerktechnologie" (POPPER).

### 4.1.4 Liberalismus als "Weltbild"

Ausgangspunkt ist das Individuum ("Menschenbild"). Den Liberalismus stützende anthropologische Auffassungen sind insbesondere:

- Mensch als rationales Wesen
- Mensch als Nutzenmaximierer
- natürliche Verschiedenheit (Ausstattung mit Fähigkeiten) der Menschen (Erklärung unterschiedlichen Lebenserfolgs; Konkurrenz als naturgemässes Prinzip gesellschaftlicher Ordnung (teilweise auch zwischen Staaten/Völkern); Nähe zum Sozialdarwinismus)

## 4.2 TRÄGER DER LIBERALEN BEWEGUNG

### 4.2.1 Gesellschaftliche Basis

In erster Linie ökonomisch Selbständige sowie darauf Hoffende; Abnahme dieser Schicht führt zum Bemühen der liberalen Parteien, auch die Interessen anderer sozialer Schichten zu integrieren (Bauern, Angestellte), insbesondere durch Einbezug sozial- und rechtsstaatlicher Anliegen (vgl. am Beispiel der Schweiz, unter 4.3).

### 4.2.2 Parteien

Unterschiede in der Tendenz europäischer Länder, liberale bzw. radikale Parteien hervorzu- bringen (nach BEYME 1982: 48 ff.): Radikale Parteien werden begünstigt durch

- starke Betonung der Werte Massenbeteiligung/Demokratie; Kampf für allg. Wahlrecht
- Existenz einer republikanischen Tradition
- dominante katholische Kultur und durch sie genährten Antiklerikalismus
- wirtschaftliche Unterentwicklung; geringere Beeinflussung durch Manchesterliberalismus, weniger Berührungsangst vor Protektionismus und Staatsinterventionismus

Parteien entwickeln sich komplementär. Die Stellung des Liberalismus im Kontext des euro- päischen Parteiensystems wird durch vier Konkurrenzbewegungen geprägt:

- nationale Einigung; wo sie spät erfolgt, gefährdet sie eine einheitliche liberale Bewegung (Italien, Deutschland)
- konservative Gegenbewegung
- Bauernbewegungen
- sozialistische Bewegung; wo sie spät zum Machtfaktor wird, begünstigt dies die Entste- hung radikaler Parteien

### 4.2.3 Entwicklung

Im Zuge der Entwicklungen im 20. Jh. verlieren klassisch liberalistische Parteien an Bedeutung. Dies führt zu einer

- Rückbildung zu Splitterparteien oder einer
- Relativierung der Positionen in zwei Richtungen: sowohl in Richtung Sozialismus (Keyne- sianismus, "sozial-liberaler Konsens"), als auch in Richtung, Konservatismus (z.B. in England, wo Conservatives Rollenvertretungen der Liberalen übernehmen)

### 4.2.4 Perspektiven

1. These: Niedergang des politischen Liberalismus (Europa nach 2. Weltkrieg)

- Abnahme des alten Mittelstandes, der traditionellen Rekrutierungsbasis des Liberalismus;
- Monopol für politische Vertretung der Mittelschicht fehlt (anders die Sozialdemokratie für die Arbeiterschaft oder die Christdemokraten für katholisch-konservative Bevölke- rungsteile)

- teilweise Übernahme liberaler Inhalte durch andere Parteien macht Profilierung schwierig. These BEYME: In der Masse, wie der zentrale (ideologische) Orientierungspunkt der liberalen Bewegung - die Gewähr der individuellen Freiheit - auch von anderen Parteien glaubhaft besetzt wird, verliert der politisch organisierte Liberalismus an Bedeutung;
- abnehmende Glaubwürdigkeit wirtschaftsliberaler Auffassungen angesichts offenbar wachsender Risiken des ungehemmten Wachstums und der neuen Produktionstechniken (BECK: die "invisible hand" wird zum "invisible saboteur" des Systems).

## 2. These: Renaissance des Neoliberalismus (ab Achtziger-Jahren)

- breite Bewegung eines Anti-Etatismus aufgrund hybrider Staatsentwicklung (Träger sind neben Altreichen: neue Professionelle, neuer Mittelstand);
- "economic man"; moderner Besitzindividualismus als genereller Ideologiehintergrund und real existierende Wertorientierung;
- Erfolg neoliberaler Theorien bei wissenschaftlichen und ökonomischen Eliten und Umsetzung in verschiedenen politischen Gruppierungen;
- gesellschaftliche Umschichtung: Ausgrenzung der ärmsten 10 % der Bevölkerung in der Demokratie;
- Abgrenzung zu Neokonservatismus: Frage nach ethisch-kulturellen Werten und ihrer Reproduktion, die in der neoliberalen Theorie anders beantwortet wird.

Inhaltlichen Positionen des Liberalismus in den USA (vgl. WINTERBERGER, A.K., Strömungen liberalen Denkens in den USA, *Reflexionen*, 18, S. 5-17):

Ausgangspunkt des Staatsinterventionismus in den USA: Roosevelt (1932) mit dem "New Deal". Ausbau des Wohlfahrtsstaates (John F. Kennedy). "Liberalismus verstanden als Linksliberalismus wurde zu einem chamäleonhaften Begriff, der alle Formen des in den USA nicht hoffähigen Sozialismus einschloss und zur Bedürfnisbefriedigung kleinster Randgruppen auf Kosten der Mehrheit diente (Winterberger 1988: 5). Die Krise des Sozialstaates bereitet schliesslich die Präsidentschaft Ronald Reagans vor.

Liberales Strömungen in den USA:

- Das demokratische Laissez faire eines Andrew Jackson (1829-1837)
- Der Sozialdarwinismus von William Graham Sumner (1840-1910) mit seinem "Überleben der Tüchtigsten"
- The Old Right; die sich gegen Social Security und ein weltweites militärisches Engagement der USA richtete.
- Objektivismus (Ayn Rand)
- Libertarianism; libertarians od. conservatives in klassischer Abgrenzung zu den Etatisten. Strömungen und Exponenten sind hier: Die Österreichische Schule der Nationalökonomie

---

(Ludwig von Mises, Friedrich A. von Hayek), die Chicago School (Frank H. Knight, George Stigler, Gary Becker), die Utilitaristen (Milton Friedman) und die Public Choice School (Gordon Tullock, James Buchanan).

- Anarchokapitalisten; Synthese zwischen der Österreichischen Schule der Nationalökonomie und den anarchistischen Philosophen Spooner und Tucker. Hier werden selbst die klassischen Leistungen des Staates (Gerichte, Polizei, Militär usw.) von Privaten erbracht.

Für eine Kritik des "realen" amerikanischen Liberalismus bzw. Neoliberalismus vgl. John Kenneth GALBRAITH, Die Herrschaft der Bankrotteure, Hamburg 1992.

Aktuelle Herausforderungen des Liberalismus (RHINOW, R., in: NZZ vom 16./17. Mai 1987):

Fünf Kernsätze des Liberalismus:

- Liberalismus ist eine gesellschaftspolitische Konzeption. Hauptanliegen sind Freiheit, Würde und Eigenverantwortung des einzelnen Menschen.
- Liberalismus verlangt eine soziale Marktwirtschaft. Es braucht auch Regeln des sozialen Ausgleichs.
- Liberalismus ist eine Geisteshaltung. Der liberale Mensch ist offen.
- Liberalismus gedeiht nur in einem liberalen Staat, der eine Rahmenordnung für die freie Gesellschaft gewährleistet.
- Liberalismus verlangt schliesslich ein demokratisches Gemeinwesen.

Herausforderungen an den Liberalismus

- Der moderne Liberalismus muss sich mit einem ganzheitlichen Menschenbild auseinandersetzen. Der Mensch bleibt zwar (auch) rationales, wirtschaftendes, "nutzenmaximierendes" Wesen, aber er lässt sich nicht darauf reduzieren.
- Wiederbesinnung auf seine Zukunftsoffenheit und Dynamik. Liberalismus obwohl wertkonservativ nicht gleich Konservatismus.
- Was kann der Liberalismus zur Bewältigung der Umweltproblematik beitragen?
- Unter Liberalismus darf nicht nur die Wahrnehmung gegenwärtiger Lebenschancen verstanden werden. Auch der Nachwelt sind Spielräume freier Entfaltung offen zu halten.
- Verhältnis Liberalismus-Staat. Liberale Politik darf nicht a priori staatsfeindlich sein.

Gefahren für den Liberalismus (The perils of complacency. The Economist, 21.12.96, Die Gefahren der Selbstgefälligkeit): Aussage des Artikels: Alle sind heute liberal, Liberalismus wird als etwas Selbstverständliches wahrgenommen und die Gefahren, die von antiliberalen Strömungen ausgehen, werden nicht wahrgenommen.

## 4.3 LIBERALISMUS AM BEISPIEL DES SCHWEIZER FREISINNS<sup>23</sup>

### 4.3.1 Historische Entwicklung

#### 4.3.1.1 1848: *Freisinn als "staatstragende" Partei*

Der Freisinn, Inbegriff liberaler Politik in der Schweiz, trägt nach der Gründung des Bundesstaates 1848 (siegreich aus dem Bürgerkrieg gegen Konservative hervorgegangen) zuerst allein und später mit der absoluten Mehrheit im Bundesrat die Regierung. Trotz breiter Basis wird die Politik durch eine schmale Besitz- und Bildungselite um A. Escher gemacht. Ihr stehen Schlüsselgestalten der Wirtschaft nahe.

Zur Stabilisierung des jungen Staates wird das Wahlrecht unerwünschter Gruppen zunächst eingeschränkt (z.B. Jesuiten); im Mehrheitswahlsystem werden durch gezielte Abgrenzung der Wahlkreise nicht genehme Minderheiten ausgeschaltet. Sitzmehrheit in allen drei Räten bis 1919.

Vorherrschaft der Liberalen im Bund, Rückzug der Konservativen auf Stammlande im Schutz des Föderalismus.

Mit dem politisch-philosophischen Liberalismus französischer Prägung vermischt sich ein Manchesterliberalismus der aufstrebenden Industrie.

#### 4.3.1.2 *Bis zum 1. Weltkrieg: drei ideelle Strömungen, drei Parteiflügel, eine "Grossfamilie"*

Allmähliche Aufspaltung in drei Hauptströmungen:

- Liberale: rechter Flügel der Freisinnigen Grossfamilie; wollen "manchesterliche" Wirtschaftsordnung, bekämpfen Gleichheitspostulate und direktdemokratische Beteiligung; neigen von Beginn des Bundesstaates weg zu konservativer Grundhaltung;
- Radikale: wollen liberale Forderungen radikal durchsetzen; Ziel: zentralistischer nationaler Staat als Grundlage neuer sozialer Ordnung; stellen Volk über die Verfassung und sprechen ihm das Recht auf Revolution zu; haben beträchtlichen Einfluss auf Gründung des Bundesstaates;
- Demokraten: Repräsentativverfassungen der Dreissigerjahre (1830) sollen durch rein demokratische Staatsformen ersetzt werden; mit dem Recht auf Referendum und Initiative verwirklicht (1874 und 1891); befürworten Staatsintervention; 1894 Abspaltung der Zürcher Demokraten, die sich der neu gegründeten FDP anschliessen; als Reaktion darauf Äusserste Linke (auch "Sozialpolitische Gruppe"), bemüht sich um Integration der Arbeiter-

---

<sup>23</sup> E. GRUNER, Die Parteien in der Schweiz, Bern 1977; ders., Schweiz, in: F. WENDE (Hg.), Lexikon zur Geschichte der Parteien in Europa, Stuttgart 1981, 599-625; R. MEIER, Der schweizerische Freisinn, Zürich 1978.

---

schaft durch Lösung der sozialen Frage (Interventionismus), hofft auf klassenversöhnende Wirkung einer ausgebauten Demokratie, will so den marxistischen Sozialismus abwehren.

Funktionen der freisinnigen "Innendifferenzierungen":

- Möglichkeit der Verbreiterung der Wählerschaft (nicht nur Selbständige und Unternehmer, sondern auch Bauern, Angestellte, z.T. Arbeiter oder laizistisch Gesinnte);
- Ausgleich wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und regionaler Gegensätze;
- ausreichende Aktionseinheit, Mehrheitspolitik (erster Einbruch: Referendum)

Im 1. Weltkrieg wird die freisinnige Strategie des Ausgleichs parteiintern gleich dreifach strapaziert:

- Gegensatz zwischen alter und jungfreisinniger, sozialpolitisch orientierter Generation;
- Austritt der Romands aus der FDP-Fraktion;
- wirtschaftlich-soziale Interessenspannungen, zwischen Arbeitgebern und Angestellten, bäuerlichen Produzenten und städtischen Konsumenten, Grossunternehmern und mittelständisch kleingewerblichen Erwerbszweigen. An beiden Flügeln bröckelt die Partei ab, was sich in den Wahlen 1919 niederschlägt.

#### **4.3.1.3 *Ende der Alleinherrschaft***

Mit der ersten Proporzwahl (1919) verliert der Freisinn seine Vormacht im Parlament, gibt Sitze an die neugegründete bäuerlich-gewerbliche Partei (später SVP) ab. Schadensbegrenzung durch beginnende Bürgerblock-Politik, gemeinsame Abwehr linker Kräfte.

Gegensätze innerhalb der Partei werden durch ständiges Aushandeln bei Sachfragen überbrückt; dies erklärt wechselnde Präferenzen zwischen staatsinterventionistischen (AHV, Agrarprotektionismus, staatliche Planung) und antietatistischen Zielsetzungen.

Die Zwischenkriegszeit mit Wirtschaftskrise bringt verschärfte soziale Gegensätze, die nach staatlichen Eingriffen rufen. Der zweite Weltkrieg lässt Freiheitsrechte in den Hintergrund treten (Zensur, andere kriegsrechtliche Massnahmen).

#### **4.3.1.4 *Nachkriegszeit bis 1975***

Bereits während des Krieges Öffnung für sozialpolitische Postulate. Nachher, in der generellen Periode der "Entideologisierung" und Öffnung der schweizerischen Parteien zu "Volksparteien": geringere ideologische und praktische Differenzen zwischen den grossen Gruppierungen von FDP, CVP und SP. "Fallweise" Kooperation verdichtet sich zu Regierungskonkordanz ab 1959 (Treibende Kraft allerdings: CVP (Kath.-Konservative), während der Freisinn Mühe hatte, von der "Staatspartei" zur blossen "Regierungspartei" zu werden).

Vorrangstellung Freisinn hält sich indessen über seine intensivere Verflechtung zur organisierten (Unternehmer-)Wirtschaft (Verbandsstaat und vorparlamentarisches Verfahren).

Ideologische, kantonale Unterschiede (Links-/Rechtsfreisinn) bleiben, nicht zuletzt aufgrund unterschiedlicher regionaler Wählerbasis.

#### **4.3.1.5 *Neueste Zeit ab 1975***

Reideologisierung im Zuge der weltwirtschaftlichen Rezession (Nullwachstum beendet Periode der "beidseitigen" Verteilung von Zuwächsen) und des Aufkommens neoliberaler Strömungen.

Ideologisch zwischen Neoliberalismus und Neokonservatismus (Wirtschaftsfreiheit und Appell an moralische Normen und Sekundärtugenden).

Bürgerblockpolitik zusammen mit CVP und SVP unter den gemeinsamen Nennern: Senkung resp. Begrenzung der Staatsausgaben und -aufgaben sowie der Gesetzgebungstätigkeit; Postulate der Privatisierung (hin und wieder aus ökonomischen Effizienzgründen gefordert, oft aber auch von rein politischen Motiven der Umverteilung resp. Kostenverlagerung geleitet); Umlagerungen im Staatshaushalt (mehr innere und äussere Sicherheit, weniger Sozialpolitik); Verbesserungen der Rahmenbedingungen der Unternehmen durch Fiskal-, Infrastruktur- und Wirtschaftspolitik; Marschhalt der Sozialpolitik.

Nach seiner Blüte in den Ende 1970er anfangs 1980er Jahren ("Mehr Freiheit, weniger Staat") ist der Freisinn in den letzten Jahren etwas unter Druck geraten. Ursächlich sind parteiinterne Probleme (z.B. Kopp-Affäre) und konzeptuelle Schwierigkeiten, sich in der sich wandelnden Gesellschaft zurechtzufinden (Modernisierungsprozess). Der Aufbruch zu einer fortschrittlichen liberalen Partei (Visionen 2007) ist nach den Nationalratswahlen 1999 ist Stocken gekommen.

### **4.3.2 Dem Liberalismus nahestehende Parteien**

Dem Liberalismus nahestehende Parteien neben der FDP sind: die Demokratische Partei der Schweiz (DPS), die Liberale Partei der Schweiz (LPS), der Landesring der Unabhängigen (LdU) und die Liberalsozialistische Partei der Schweiz (LSP).

### **4.3.3 Fazit Liberalismus in der Schweiz**

- Im Gegensatz zu anderen europäischen Liberalen hält der Freisinn im schweizerischen Staat eine geschichtlich durchgehende Sonder- und Vormachtstellung inne. Diese mag auf verschiedensten Faktoren beruhen, u.a.:
  - Fähigkeit zur Umwandlung von der Unternehmer- zur Volkspartei; in fast allen Kantonen breite Wählerschaft
  - Fähigkeit zum Ausgleich mit neuen Kräften
  - privilegierte Stellung zu Unternehmer- und Arbeitgeberorganisationen
- nach Verlust der absoluten Mehrheit im Bund bis Ende des 20. Jh. tonangebende Kraft im Bürgerblock, heute wird die Vormachtstellung durch die SVP bedroht.
- liberale Ideologie relativ pragmatisch; Verbindung der individuell-ökonomischen Werte mit generell verbreiteten, individuell-politischen oder individuell-sozialen Werten (latenter Anti-Etatismus resp. Partikularismus, hohe Besetzung von Arbeit und individueller Leistung etc.)

#### *Fragen zum Selbststudium*

1. Der Liberalismus ist in der Schweiz eine politisch dominante Kraft.
  - Erläutern Sie das anhand der Besetzung von Spitzenpositionen in Bundesverwaltung und -betrieben.
  - Formulieren Sie Hypothesen, weshalb der Liberalismus in der Schweiz - im Gegensatz zum Ausland - eine parteipolitische Vormachtstellung behaupten können.
2. "Eigenverantwortung" ist ein zentraler Begriff in der liberalen Argumentation
  - Erläutern Sie das aufgrund des liberalen Menschen- und Gesellschaftsbildes
  - Welche Einwände haben Sie?
3. Nehmen Sie als Liberale/r Stellung zum Brutalo- und Pornoverbot.
4. Worin unterscheidet sich die FDP Schweiz vom politischen Kurs eines Schröders oder Blairs?
5. Überprüfen Sie, anhand eines tagespolitischen Geschäfts, wie weit Sie die hier behandelten Positionen in Argumentation und Vorstößen der freisinnig/liberalen Fraktion der Bundesversammlung finden.